



Reinigungskräfte proben Aufstand

Bei einem Warnstreik haben rund 80 Menschen vor Tor 1 des Thyssen-Werks in Bruckhausen ihren Unmut über festgefahrene Verhandlungen über einen Rahmentarifvertrag zum Ausdruck gebracht

Von Dennis Bechtel

Bei einem bundesweiten Warnstreik der Reinigungsbranche haben rund 80 Menschen vor dem Tor 1 des Thyssen-Werks in Duisburg-Bruckhausen ihren Unmut über festgefahrene Verhandlungen über einen Rahmentarifvertrag im Gebäudereiniger-Handwerk zum Ausdruck gebracht. Aufgerufen zum Streik hatte die Gebäudereiniger-Gewerkschaft IG Bau.

Bereits um 2.30 Uhr in der Früh hatten sich die ersten Teilnehmer des Warnstreiks vor dem Werksgelände eingefunden. Mit einer Menschenkette und einem „Aufstand der Unsichtbaren“ wollten sie den Druck auf die Arbeitgeber in der laufenden Tarifrunde erhöhen. Mit weißen Masken protestierten sie stumm gegen die aus ihrer Sicht schlechter werdenden Arbeitsbedingungen.

„Die Arbeitgeber wollen die Bedingungen verschärfen, unter anderem das Weihnachtsgeld streichen und die Urlaubstage reduzieren.“

Antonia Kühn, IG Bau

„Die Arbeitgeber wollen die Bedingungen verschärfen, unter anderem das Weihnachtsgeld streichen und die Urlaubstage reduzieren“, erklärt Antonia Kühn von IG Bau. Mit der Teilnehmerzahl war sie sehr zufrieden. „Das zeigt, dass sich die Reinigungskräfte wehren wollen“. Und



Die Gebäudereiniger bei ThyssenKrupp streikten am Donnerstag.

FOTO: LARS FRÖHLICH / FFS

doch hätten es noch mehr sein können: Drei Firmen, die insgesamt etwa 200 Reinigungskräfte in dem Stahlwerk beschäftigen, befinden sich auf dem Werksgelände von Thyssen. Kühn und ihre Mitstreiter vermuten, dass die Firmen (ISS, Klüh und Rudolf Weber) von dem Streik Wind bekommen und so einige Mitarbeiter davon abgehalten hätten. „Außerdem wurden einige angewiesen, deutlich früher anzufangen als üblich, damit sie nicht von uns abgefangen werden können“, berichtet Kühn.

Streik ging sehr früh los

Geplant war ein Streik ab 4.30 Uhr, da jedoch einige schon deutlich früher da waren, sei der Plan der Firmen nicht aufgegangen. „Wir haben einige Mitarbeiter abgefangen, die uns dann gesagt haben, dass sie angewiesen wurden, schon um 3 Uhr anzufangen“, sagt Kühn.

Einer der Protestanten ist Sabrina Dyszy aus Marloh. Seit 23 Jahren arbeitet sie als Reinigungskraft, schon immer auf dem Werksgelände unweit von ihrem Zuhause. „Ich bin

ganz und gar nicht einverstanden damit, wie sich die Verhandlungen entwickeln“, sagt sie. „Wie könnten wir auch damit zufrieden sein, dass man uns zehn Urlaubstage streichen will.“

Nach vormals 30 soll es zukünftig nur noch 20 geben“, regt sie sich auf.

„Man braucht einen fairen Rahmen“, findet Antonia Kühn. „Der Lohn der Reinigungskräfte liegt bei 10,56 brutto pro Stunde, man kommt bei Vollzeitbeschäftigung so auf etwa 1500 brutto im Monat. Daran muss ohnehin unbedingt etwas getan werden, jetzt jedoch auch die allgemeinen Konditionen zu verschlechtern, kann nicht richtig sein“, sagt sie. Sie mahnt außerdem an, dass die Firmen darauf setzen, dass die einzelnen Mitarbeiter sich nicht wehren – viele wüssten nicht, wie. Insofern sei ein Streik in großer Gruppe die einzige Möglichkeit, um etwas zu bewirken. „Viele haben einen Migrationshintergrund, sprechen nicht gut genug Deutsch, um sich Verträge genau durchzulesen und dann Dinge, mit denen sie nicht einverstanden sind, anzusprechen. Viele haben zu große Angst den Job zu verlieren“, sagt sie. Und weiter: „So kommt es dann oft zu Verträgen, die einfach nicht akzeptabel sind.“

Bundesweite Warnstreiks

Der Schwerpunkt neuer bundesweiter Warnstreiks lag auf Industriestandorten. Betroffen waren neben ThyssenKrupp auch die VW-Werke Wolfsburg und Baunatal, BMW in Dingolfing sowie Bayer in Berlin.

Zu Streiks kam es an den Siemens-Standorten Karlsruhe und Rastatt, beim Glashersteller Schott (Mainz), dem Airbus-Zulieferer Aerotec (Nordenham) und dem Pharmaunternehmen Salutas (Magdeburg).



Pressespiegel

Ausgabe: 14.10.2019



Dietmar Schäfers, Stellvertretender Bundesvorsitzender IG BAU • Foto: IG BAU Alexander Paul Englert • hochgeladen von Theodor Groesdonk

Zum Beschluss des Bundeskabinetts, die Meisterpflicht in zwölf Handwerksberufen wieder einzuführen, erklärt Dietmar Schäfers, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Handwerksgewerkschaft IG BAU:

Heute ist ein guter Tag für das Handwerk – für die Beschäftigten, für sauber wirtschaftende Betriebe und für die Kunden. Die Novelle der Handwerksordnung im Jahr 2004 war ein Fehler, der zu mehr Pfusch, Dumping-Wettbewerb und zum Rückgang der Ausbildungszahlen geführt hat. Die jetzt beschlossene Wiedereinführung der Meisterpflicht insbesondere bei Fliesenlegern und Lichtreklameherstellern war überfällig. Nun müssen weitere Berufe folgen. Das gilt vor allem für das Gebäudereiniger-Handwerk.

Es hat 15 Jahre gedauert, bis Deutschland wieder zur Meisterpflicht für Fliesenleger zurückgefunden hat. Nach der Abschaffung der Meisterpflicht für insgesamt 93 Gewerke durch Arbeits- und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement unter Rot-Grün in 2004 haben 3 GroKos und eine schwarz-gelbe Koalition im Bund dieses drängende Thema ignoriert.

Ebenso die extreme Zunahme von Ein-Mann-Firmen im Fliesenlegerbereich mit Kombiwagen und Do-it-yourself-Know-how. Die Zahl der Betriebe in der Branche wuchs von 12.400 Ende 2003 auf 69.300 Ende 2018 – eine regelrechte Explosion. Gleichzeitig haben wir eine Implosion der Qualität erlebt. Das Schlagwort vom "Pfusch am Bau" bringen sehr viele Menschen zuerst mit dem Fliesenleger-Solo-Unternehmer in Verbindung.

Vom ersten Tag an hat die IG BAU aus guten Gründen dagegegehalten und Tacheles geredet. Die Wiedereinführung der Meisterpflicht ist für die Gewerkschaft immer ein Muss gewesen. Die Meisterpflicht, die jetzt vom Fliesenleger bis zum Schildermacher für Leuchtreklame zurückkommt, ist ein erster, wichtiger Schritt. Andere Handwerksbereiche müssen hier allerdings noch folgen.

Lokalkompass